



# DPoIG IM ZEICHEN DES LANDESKONGRESSSES

## Artikel in dieser Ausgabe

1. Das war der DPoIG-Landeskongress 2019
2. DPoIG-Presse: Life is live
3. Fachsprecher im neuen Landesvorstand
4. Ehre, wem Ehre gebührt
5. Grüße aus Politik und Dachverband
6. Familiengerechte Personalpolitik
7. Job-Rad: Nichts für Tarifbeschäftigte
8. Wann kommt das Job-Rad für Beamte?

## Impressum

Redaktion:  
Ralf Kusterer  
(V. i. S. d. P.)  
E-Mail: [ralf.kusterer@dpolg-bw.de](mailto:ralf.kusterer@dpolg-bw.de)

c/o DPoIG Landesgeschäftsstelle  
Kernerstraße 5, 70182 Stuttgart  
Telefon: 0711/ 997 947 4-0  
Telefax: 0711/ 997 947 4-20  
E-Mail: [info@dpolg-bw.de](mailto:info@dpolg-bw.de)  
[www.dpolg-bw.de](http://www.dpolg-bw.de)

Fremde Abbildungen und Quellen  
sind entsprechend gekennzeichnet

## Das war der DPoIG-Landeskongress 2019

### Ein sicheres Baden-Württemberg für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beschäftigten der Polizei.

Anfang Juni fand in der „EP-Arena“ in Rust (Ortenaukreis) der Landeskongress der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) Baden-Württemberg statt. Der Landeskongress ist das höchste Organ der basisdemokratisch organisierten Deutschen Polizeigewerkschaft und wird in regelmäßigen Zyklen veranstaltet. Etwa dreihundert Delegierte aus ganz Baden-Württemberg nahmen daran teil.

Der Landeskongress 2019 stand unter dem Motto „Sicheres Baden-Württemberg für die Bürgerinnen und Bürger und für die Beschäftigten der Polizei“. Denn auch diejenigen, die tagtäglich im Land für Sicherheit sorgen, verdienen und brauchen bestmöglichen Schutz und Sicherheit. Das war die zentrale Botschaft, unter welcher das oberste Organ der DPoIG Baden-Württemberg abgehalten wurde.

Die Vertreter der seitherigen Landesleitung, mit Ralf Kusterer an der Spitze, zogen Bilanz aus den vergangenen vier Jahren, debattierten mit den Delegierten über Themen der Inneren Sicherheit, über satzungserneuernde Anträge, sowie über die Beschäftigungssituation bei der Polizei Baden-Württemberg.

#### Delegierte bestätigten seitherige Landesleitung.

Die Delegierten wählten auf Dauer der nächsten Amtsperiode die personelle Besetzung der Leitungsgremien der Gewerkschaft. Der Pforzheimer Ralf Kusterer (57) ist mit großer Mehrheit in seinem Amt als Landesvorsitzender der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG) für die kommenden (jetzt fünf statt wie seither vier) Jahre bestätigt worden. Mit Ralf Kusterer an der Spitze liegen die Geschicke der DPoIG Baden-Württemberg weiterhin in erfahrenen Händen. Seit mehr als drei Jahrzehnten engagiert sich Kusterer



„4+1“: Die neugewählte Landesleitung der DPoIG BW (von links nach rechts): Oliver Auras, Edmund Schuler, Ralf Kusterer, Daniel Jungwirth, Jürgen Engel.

in der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPoIG). Der Pforzheimer amtierte zuvor viele Jahre als Stellvertretender Landesvorsitzender und wurde 2015 in die Funktion des Landesvorsitzenden gewählt. Zum Stellvertretenden Bundesvorsitzenden der DPoIG wurde er 2011 gewählt und wird in dieser Funktion deutschlandweit als kompetenter Gesprächspartner zu Themen der Inneren Sicherheit hochgeschätzt. Der Vollblutgewerkschafter Ralf Kusterer ist Mitglied im Landesvorstand des Beamtenbundes Baden-Württemberg. Seit 2014 ist Kusterer Vorsitzender des Hauptpersonalrats der Polizei beim Innenministerium und stellvertretender Vorsitzender der Arbeitsgemeinschaft der Hauptpersonalratsvorsitzenden aller Ministerien in Baden-Württemberg. Er ist seit 2007 als ehrenamtlicher Richter im Disziplinarsenat am Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg tätig. Als Leiter der zentralen Koordinationsstelle für Fortbildung hat er seine dienstliche Heimat beim Institut für Fortbildung in Böblingen.

Zu Stellvertretern des Landesvorsitzenden wurden erneut Oliver Auras (56) aus Eislingen/Fils vom Polizeipräsidium Reutlingen, Jürgen Engel (41) aus Gingen an der Fils vom Polizeipräsidium Einsatz, sowie Daniel Jungwirth (41) aus Lauchheim vom Polizeipräsidium Aalen gewählt. Alle drei üben das Amt eines Stellvertreters bereits seit 2015 aus.

#### Satzungsänderungen ermöglichen zusätzlichen Arbeitnehmerstellvertreter und längeren Zyklus bei Gremienarbeit.

Eine mit großer Mehrheit verabschiedete Satzungsänderung ermöglichte die Benennung eines zusätzlichen Stellvertreters, welcher aber Arbeitnehmer sein muss und nicht Beamter sein darf. Die Delegierten wählten Edmund Schuler (52) aus Ulm in diese wichtige Position. Schuler war zuvor als Landestarifbeauftragter der DPoIG-BW kooperiertes Mitglied in der Landesleitung.

Fortsetzung auf nächster Seite.

Fortsetzung von vorheriger Seite.

Verlängert wurden auch die Zyklen für den Landeskongress. Der nächste wird nunmehr erst in fünf Jahren, statt wie seither schon nach vier Jahren, stattfinden. Damit liegen die Zeitläufe innerhalb der DPoIG gleichauf mit dem Dachverband BBW und den meisten seiner Fachgewerkschaften.

### DPoIG-Schwerpunkte wurden in „Ortenauer Programm“ gefasst.

Die Kongressteilnehmer wählten nicht nur die personelle Besetzung der Leitungsgremien, sondern befassten sich auch mit dem gewerkschaftlichen Programm „ihrer DPoIG“ für die kommende Legislaturperiode. So haben die Delegierten auf Empfehlung des Landesvorstandes Schwerpunkte verabschiedet und im „Ortenauer Programm“ fixiert. Dieses dient der neu-gewählten Landesleitung als Aufgabe und Richtschnur in den kommenden fünf Jahren. □

Die Deutsche Polizeigewerkschaft ist mit mehr als 18.000 Mitgliedern die größte Interessenvertretung innerhalb der Polizei in Baden-Württemberg. Bei den letzten Wahlen zu den Personalvertretungen der Polizei hat die DPoIG mit 100.000 Stimmen Vorsprung (175.000 erhaltene Stimmen insgesamt) im Hauptpersonalrat der Polizei eine 2/3-Mehrheit erreicht. Die DPoIG stellt zudem in den meisten Personalvertretungen der Polizeipräsidien und Einrichtungen der baden-württembergischen Polizei die Mehrheit. Entsprechend groß war das Interesse der Medienvertreter, möglichst aktuell und live vom Landeskongress zu berichten. In der SWR-Landesschau wurde in einem eineinhalbminütigen Beitrag über den Landeskongress, sowie über die gesetzten gewerkschaftlichen Schwerpunkte der DPoIG Baden-Württemberg berichtet.

## DPoIG-Presse: Live is life Multimediale Pressearbeit vor und auch während des Landeskongresses.

**„Wenn wir Alle unsere Stärke geben, geben wir Alle das Beste“ - ins Deutsche übersetzt, trifft der Songtext der Kultband Opus voll und ganz auf die Einstellung Ralf Kusterers zu. Er schlug zu Beginn seiner ersten Amtszeit als Landesvorsitzender vor, einige wenige Personen für spezielle Aufgaben in die Landesleitung zu kooptieren. Einer davon war Sven Heinz, seit 2015 zuständig für die landesweite Pressearbeit des DPoIG-Landesverbands.**

Wer ihn kennt, weiß: Der Schwabe hat Spaß am Kommunizieren. In verschiedenen Vereinen und Verbänden hatte er bereits die Pressearbeit organisiert und geprägt. Auf dem Zertifikatskurs Gewerkschaftsmanagement und in vielen Fortbildungen erlernte er das Handwerk der Pressearbeit von Grund auf. Dabei kann Sven Heinz auch aus seinen langjährigen Erfahrungen als Polizeisprecher schöpfen. „Die schlechteste Art zu kommunizieren, ist NICHT zu kommunizieren“, so seine Devise, insbesondere wenn es um sonst unbeliebte Krisenkommunikation geht. Sven Heinz gestaltet seit 2015 die Medienarbeit der DPoIG Baden-Württemberg maßgeblich mit. Die Einrichtung eines öffentlich einsehbaren Twitteraccounts war eine seiner ersten Amtshandlungen.

Klar, dass da auch über den Landeskongress entsprechend groß berich-

tet werden musste: Bereits Wochen im Voraus wurden Medienvertreter auf das gewerkschaftspolitisch bedeutsame Ereignis aufmerksam gemacht. Nutzer der Socialmedia-Plattform Twitter bekamen Tage vor Kongressauftakt einen Countdown angezeigt. Wer als Pressevertreter oder interessiertes Mitglied der Polizeifamilie am Landeskongress selbst nicht dabei sein konnte, wurde durch laufende Pressemeldungen und Veröffentlichungen auf [Twitter \(@DPoIG\\_BW\)](#) über wichtige Ereignisse und Entscheidungen auf dem Laufenden gehalten. Bildhafte Eindrücke vom Landeskongress konnte man durch in Socialmedia gestellte Videoclips gewinnen.



Während des Kongresses immer „on air“ und Pendler zwischen Saal und Backstage: Sven Heinz, Pressebeauftragter der DPoIG BW.

Noch während im Saal die Delegierten tagten und am Abend die Gäste ihre Grußworte sprachen, wurden im Backstagebereich die Highlights des Landeskongresses in zwei Printausgaben zum Mitnehmen zusammengefasst. □



Großer Jubel herrschte im Saal nach der Verkündung des eindeutigen Ergebnisses zur Wiederwahl von Ralf Kusterer als Landesvorsitzenden.







## Fachsprecher im neuen Landesvorstand

Für spezielle Themengebiete wählten die Delegierten beim Landeskongress besonders erfahrene und kompetente Ansprechpartner in den neuen Landesvorstand.



**Natascha Hildenbrand**  
Landesbeauftragte  
für den Verwaltungsdienst



**Torsten Noe**  
Stellv. Landesbeauftragter  
für den Verwaltungsdienst



**Rolf Fauser**  
Landesbeauftragter  
für die Kriminalpolizei



**Manfred Ripberger**  
Stellv. Landesbeauftragter  
für die Kriminalpolizei



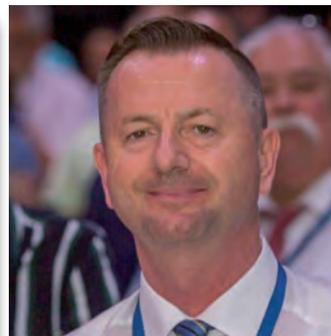
**Oliver Walther**  
Landesbeauftragter  
für die Feuerwehr



**Tobias Kast**  
Stellv. Landesbeauftragter  
für die Feuerwehr



**Dirk Bäuerle**  
Landesbeauftragter  
für Behindertenfragen



**Norbert Schwarzer**  
Landesbeauftragter für den  
Freiwilligen Polizeidienst



## Ehre, wem Ehre gebührt ...

### Mitglieder und Mandatsträger zu Ehrenmitgliedern ernannt.

**Erstmals wurden nicht nur Mitglieder des Landesvorstandes bei ihrem Ausscheiden und in Anerkennung ihrer großen Verdienste für die DPoIG geehrt, sondern auch einfache Mitglieder, welche Mandate auf anderer Ebene inne hatten oder sich in herausragender Weise um die DPoIG verdient gemacht haben.**

Kollege Matthias Koch hatte in seiner Zeit als Landesfeuerwehrbeauftragter diesen Bereich engagiert vertreten und richtungsweisende Entscheidungen in die Wege geleitet, welche in Zukunft fortwirken.

Kollege Wolfgang Krämer unterstützt in herausragender Weise seit Jahren die Landesgeschäftsstelle und den Landesverband, ob mit technischer Unterstützung, in Organisationsteams oder bei vielfältigen Projekten in eigenverantwortlicher Weise.

Martin Schuler ist nicht nur das Mitglied im Hauptpersonalrat mit der längsten Amtszeit, sondern prägte entschieden die Tarifarbeit und Tarifpolitik der DPoIG mit. Die Begriffe „Umsetzung des Nichtvollzugskonzeptes“ und „Ermittlungsassistenten“ sind untrennbar mit seinem unermüdlischen Einsatz verbunden.

Der Name Jürgen Weber ist weit über seinen Wirkungsgrad hinaus bekannt und das nicht nur wegen seiner vielschichtigen Personalratstätigkeit, sondern wegen geschätzt mehr als 6.000 von ihm geworbenen Neumitglieder in den letzten Jahrzehnten.

Ursula Korn gehörte mehr als zwanzig Jahre dem Landesvorstand an und engagierte sich für die VerwaltungsbeamtInnen.

Die Delegierten des Landeskongresses würdigten die Verdienste dieser Fünf mit der Ernennung zu Ehrenmitgliedern. □



Matthias Koch



Jürgen Weber



Martin Schuler



Wolfgang Krämer



„Standing Ovation“ am Landeskongress für die engagierten Mandatsträger und Mitglieder.

## Grüße aus Politik und Dachverband Zwischen inhaltlichen Aussagen und festlicher Ansprache.



**Sascha Binder**  
Stellv. Vorsitzender  
SPD-Landtagsfraktion

„Bei allem parteipolitischen Streit über die Ausgestaltung des Polizeigesetzes, dürfen wir Abgeordnete nie den Streit auf dem Rücken der Polizei austragen!“ (Sascha Binder)



**Thomas Strobl**  
Stellv. Ministerpräsident, Minister  
für Inneres, Digitalisierung und Migration

„Baden-Württemberg hat die höchste Aufklärungsquote seit fünfzig Jahren! Das ist Euer Verdienst, Eure Leistung, die unter personell schwierigen Bedingungen erbracht wurde!“ (Thomas Strobl)



**Thomas Blenke**  
Stellv. Vorsitzender  
CDU-Landtagsfraktion

„Die Polizei Baden-Württemberg hat Vertrauen und Wertschätzung aus der Gesellschaft und aus Reihen der Politik verdient!“ (Thomas Blenke)

**Am Landeskongress gelang (fast) allen Rednern der Spagat zwischen inhaltlichen Aussagen und einer Ansprache, welche dem festlichen Rahmen der Öffentlichkeitsveranstaltung am Abend gerecht wurde.**

Die DPoIG-Familie mit ihren Gästen hatte in Rust allen Grund zum Feiern. Die vergangene Legislaturperiode gehört zu den erfolgreichsten in der DPoIG-Geschichte: Enormer Mitgliederanstieg, Erfüllung vieler Wünsche der Mitglieder, viele Forderungen auf den Weg gebracht und der Politik etliche neue Punkte auf die „to do“-Liste geschrieben.

Die Redebeiträge erfolgten in ausschließlich festlicher Atmosphäre, locker eingebettet zwischen Musikstücken des Landespolizeiorchesters, unter Leitung von Prof. Stefan Halder, und den einzelnen Essensgängen.

Die ID-Redaktion hat genau hingehört und je eine wesentliche Aussage ausgewählter Gäste zum Nachlesen hier auf den Punkt gebracht. □



**Rainer Wendt**  
Bundesvorsitzender DPoIG

„Einigkeit und Kameradschaft sind keine Tugenden von gestern – ganz im Gegenteil! Wir in der DPoIG halten zusammen und stärken die Polizei. Dabei bleibt es!“ (Rainer Wendt)



**Kai Rosenberger**  
Landesvorsitzender BBW  
Beamtenbund Tarifunion

„Ich zitiere Herrn Strobls Aussage mit ‚Gewerkschaften sind wichtig‘, denn genau so ist es! Gemeinsam wollen wir im Doppelhaushalt 2020/2021 deutlich mehr für den öffentlichen Dienst in Baden-Württemberg erreichen.“ (Kai Rosenberger)



## Familienfreundlicher Arbeitgeber Polizei Wiederholt mit Zertifikat audit berufundfamilie ausgezeichnet.

Bereits seit 2016 wurde in der Polizei Baden-Württemberg begonnen, die Vereinbarkeit von Beruf und Familie bei der Polizei Baden-Württemberg weiter voranzubringen. Für diese Bemühungen wurde der Landespolizei das Zertifikat des audit „berufundfamilie“ erteilt, welches alle drei Jahre auf Einhaltung überprüft wird. In den vergangenen Monaten hatte sich die Landespolizei erfolgreich um die wiederholte Auszeichnung beworben.

Wir freuen uns mit allen Verantwortlichen und nutznießenden Kolleginnen und Kollegen innerhalb der Landespolizei, denn das etwa fünf Monate andauernde Re-Auditierungsverfahren „berufundfamilie“ für die Jahre 2019-2022, wurde aktuell erfolgreich durchlaufen. Dank vielerlei Möglichkeiten, welche mit dem audit „berufundfamilie“ einhergehen, schaffen viele Kolleginnen und Kollegen den erforderlichen Spagat, um den Anforderungen aus Beruf und Familie gerecht zu werden.

### Landespolizei erneut zertifiziert nach „audit berufundfamilie“.

Ende Mai 2019 erhielt das Innenministerium von der Auditierungsgesellschaft die Benachrichtigung über die erneute Erteilung des Zertifikats für die Polizei Baden-Württemberg. In der bundesweiten Zertifikatsverleihung, die am 25. Juni 2019 unter der Schirmherrschaft von Bundesfamilienministerin Dr. Franziska Giffey in Berlin stattfand, überreichten John-Philip Hammersen, Geschäftsführer der Gemeinnützigen Hertie-Stiftung und Oliver Schmitz, Geschäftsführer der berufundfamilie Service GmbH, dem stellvertretenden Landespolizeipräsidenten und audit-Projektverantwortlichen Dietrich von Moser die Urkunde zum Zertifikat.

„Mit familiengerechter Personalpolitik erhöhen wir nicht nur die Mitarbeiterzufriedenheit und unsere Attraktivität als Arbeitgeber, sondern unterstützen



In Berlin nahm der Stellvertretende Landespolizeipräsident und audit-Projektverantwortliche Dietrich von Moser (Zweiter von rechts) die Urkunde zum Zertifikat entgegen.

unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, damit sie auch weiterhin ihren wertvollen beruflichen Beitrag leisten können, um unser Land sicherer zu machen“, so Dietrich Moser von Filseck in einer aktuellen Mitteilung. Rund zwanzig Maßnahmen aus der Zielvereinbarung zur Re-Auditierung gilt es noch bis zum 31. Mai 2020 zu optimieren. In einer Sitzung mit den audit-Ansprechpersonen der Dienststellen und Einrichtungen wurde bereits ein ehrgeiziges Arbeitsprogramm für das erste Umsetzungsjahr der Re-Auditierung erarbeitet, was in thematischer Sicht und Schwerpunktsetzung der Umsetzung weiterer DPoIG-Forderungen entspricht.

Mit der Re-Auditierung werden die bestehenden Ansätze weiterentwickelt und optimiert. Dabei wird ein Rahmen gesetzt und ausgebaut, der durch die einzelnen Dienststellen und Einrichtungen ausgestaltet werden muss. Einen Schwerpunkt bildet der operative Bereich, in dem die Herausforderungen für eine familienbewusste Gestaltung der Arbeit am größten sind, aber es geht auch um Maßnahmen für alle Bereiche und alle Beschäftigten mit familiären Aufgaben.

Im Ergebnis soll mit der Zielvereinbarung zur Re-Auditierung ein adäquater Umgang mit familiären Belangen noch stärker in der gesamten Polizeiorganisation verankert werden. Dabei darf die Aufgabenerledigung nicht beeinträchtigt werden, und die Angebote müssen in den Rahmen der jeweiligen dienstlichen Belange vor Ort passen. Darüber hinaus ist sicherzustellen, dass Lösungen für Einzelne nicht zu einer dauerhaften Belastung Anderer führen. Gleichzeitig soll erreicht werden, dass die Potenziale ausgeschöpft werden und insbesondere auch Karriere und Familie miteinander vereinbar sind.

### „Beruf und Familie“ als fester Bestandteil der Personalpolitik.

Die DPoIG sieht die Landespolizei mit dem derzeitigen Status quo der bereits angebotenen familien- und lebensphasenbewussten Maßnahmen auf einem guten Weg! Viele langjährige Forderungen der DPoIG sind bereits erfüllt, andere wurden und werden auf den Weg gebracht. □

Quelle: IM BW LPP

Weitere Informationen: [www.berufundfamilie.de](http://www.berufundfamilie.de)

## Job-Rad: Nichts für Tarifbeschäftigte Entgeltumwandlung birgt auch Nachteile für Tarifbeschäftigte.

**Vermeintlich treten in letzter Zeit Arbeitgeber an Personal- und Betriebsräte mit dem Ansinnen heran, für Tarifbeschäftigte Entgeltumwandlung zum Zwecke des Erwerbs von Fahrrädern oder E-Bikes bzw. Pedelecs, also ein sogenanntes JobRad, zu betreiben. Oft wird damit geworben, dass dies die Bewegung der Mitarbeiter fördert und damit dem Gesundheitsschutz dient. Das ist grundsätzlich ein guter Ansatz, aber ist das forcierte Finanzierungsmodell überhaupt empfehlenswert?**

Die Entgeltumwandlung dient nach dem Willen des Gesetzgebers dem Zweck, eine zusätzliche betriebliche Altersversorgung aufzubauen, um die gesetzliche Rente aufzubessern. Dieses Ziel rechtfertigt es, das laufende Bruttoeinkommen zu verringern und eben diesen Teil in eine zusätzliche betriebliche Rentenanwartschaft zur Sicherung des Lebensstandards im Rentenalter umzuwandeln.

Dabei ist zu bedenken, dass eine solche Entgeltumwandlung auch

Nachteile mit sich bringt. Neben den Einbußen beim Nettoeinkommen werden durch geringere Steuer- und Sozialabgaben die Ansprüche auf die gesetzliche Rente geschmälert. Diese Nachteile sind nur akzeptabel, wenn eine Entgeltumwandlung mit dem Ziel des Aufbaus bzw. der Verbesserung einer betrieblichen Altersversorgung erfolgt, weil die daraus erwachsenden Anwartschaften die Einbußen in der gesetzlichen Rente in aller Regel übersteigen. Mit dieser Zielsetzung unterstützt die DPoIG die Entgeltumwandlung!

**Bei der Entgeltumwandlung wird auf einen Teil des Bruttoeinkommens verzichtet!!!**

Im öffentlichen Dienst existieren Tarifverträge zur Entgeltumwandlung zum Zweck des Aufbaus einer zusätzlichen betrieblichen Altersvorsorge. Nur dafür sind die mit der Entgeltumwandlung verbundenen Nachteile zu akzeptieren, weil das umgewandelte Einkommen effizient dabei hilft, den Lebensstandard im Alter zu sichern. Das ist bei einer Entgeltumwandlung

zur Finanzierung eines JobRades nicht der Fall.

Im Ergebnis dient dieses Modell ausschließlich dem privaten Konsum. Das ist aus Gewerkschaftsicht aber kein im Wege der Entgeltumwandlung förderungswürdiges Ziel. Vom Ergebnis her sind die Einsparungen durch die Entgeltumwandlung zum Zwecke des Bike-Leasings für die Beschäftigten marginal. Neben den Verlusten bei der Rente macht die obligatorische Fahrradversicherung das System auf Arbeitnehmerseite unattraktiv. Am meisten profitiert letztlich der Arbeitgeber auf Kosten der Sozialversicherungssysteme.

**DPoIG ist gegen tarifvertragliche Möglichkeit der Entgeltumwandlung, um ein JobRad zu finanzieren.**

Die wirtschaftliche Attraktivität eines Rad-Leasings für die Bediensteten beruht auf Einsparungen bei der Einkommensteuer und den Arbeitnehmerbeiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung.

Da Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter keine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung zahlen, ist ein Rad-Leasing für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter modellimmanent (noch) weniger attraktiv als für Tarifbeschäftigte. □



Bild: Pixabay.de



Hat Für und Wider des Job-Rad für Tarifbeschäftigte abgewogen: Edmund Schuler, Stv. Landesvorsitzender (Arbeitnehmer) und Landestarifbeauftragter der DPoIG Baden-Württemberg.

Viele liebäugeln mit einem Job-Rad, doch lohnt es sich, genau zu hinterfragen, ob das rentabel ist.

## Wann kommt das Job-Rad für Beamte?

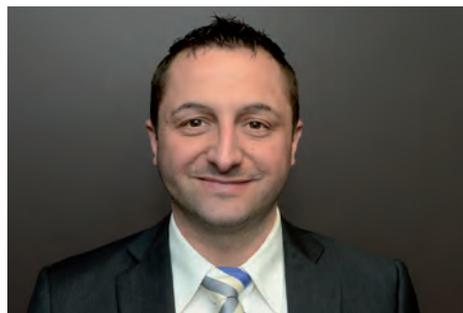
### Ein Job-Rad wird auch für Beamte wenig attraktiv sein.

**Wir werden immer wieder gefragt, zu welchem Zeitpunkt das Job-Rad für Beamte und Beamtinnen eingeführt wird. Das Interesse daran, ist in der Beamtenschaft offenbar groß. Aufgrund der vielen Nachfragen haben wir auch gecheckt, ob ein Job-Rad für die Gruppe der Beamten attraktiver sein wird.**

Die Landesregierung hatte bereits im 2017 mit dem Gesetz zur Änderung des Landesbesoldungsgesetzes Baden-Württemberg und weiterer dienstrechtlicher Vorschriften die Voraussetzungen für ein Fahrrad für Pendelfahrten zum und vom Dienst eingeführt. Das Kabinett hat leider erst im Dezember 2018 eine Vorlage des Verkehrsministeriums zur Umsetzung verabschiedet. Während zunächst im vergangenen Herbst/Winter eine Ausschreibung erfolgte, ist man wohl erst jetzt richtig im Verfahren angekommen. Nach Mitteilung des Verkehrsministeriums ist mit einer weiteren Umsetzung nicht vor Herbst 2019 zu rechnen.

#### **Leasing bedeutet Nutzungsgebühr – Kein Eigentumserwerb.**

Ob man die geleasteten Job-Räder am Ende der Leasingzeit kaufen kann und zu welchem Preis ist offen. Aktuell geht man von einer jährlichen Leasingrate von etwa 830 Euro aus (bei einem Fahrrad mit Neuwert von 2.500 Euro). Diesen Betrag bekommt man weniger Gehalt. Daraus ergibt



Er rät beim Thema „Job-Rad für Beamte“ besonnen abzuwarten: Daniel Jungwirth, Stv. DPoIG-Landesvorsitzender



Bild: Pixabay.de

Mit dem Job-Rad günstiger zum Dienst - Darauf spekulieren auch viele Landesbeamte.

sich für den Steuerpflichtigen ein steuerrechtlicher Vorteil. Ob man aber drei Jahre lang (3x 830 EUR) leas und NICHTS hat oder ob man das gleiche Geld ausgibt und nach den drei Jahren auch ein Fahrrad hat, das einem weiterhin gehört? Das muss jeder selbst entscheiden.

Wir gehen davon aus, dass es keine negativen Auswirkungen auf das Ruhegehalt der Beamten haben wird. Denn anders als beim Rentner wirkt sich das Gehaltsminus nicht auf die Pensionszahlungen aus.

Wichtig zu wissen, erscheinen uns nachfolgende Auszüge aus der Kabinettsvorlage: *Die wirtschaftliche Attraktivität eines Rad-Leasings für die Bediensteten beruht auf Einsparungen bei der Einkommensteuer und den Arbeitnehmerbeiträgen zur gesetzlichen Sozialversicherung. Da Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter keine Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung zahlen, ist ein Rad-Leasing für Beamtinnen und Beamte sowie Richterinnen und Richter modellimmanent weniger attraktiv. Zudem ist auch der Fahrradpreis maßgebend, da die dadurch bedingt höheren Leasingraten zu einer größeren Steuerersparnis führen. Folglich werden in der Praxis beim Fahrrad-Leasing rd. 85 bis 90 Prozent Elektrofahräder beschafft, für niedrigpreisige Fahrräder ist das Modell hingegen nur bedingt geeignet. Die bestehenden Leasingmodelle lassen aus rechtlichen Gründen keinen Kauf-*

*anspruch des Leasingnehmers oder des/der Bediensteten auf das Fahrrad oder Pedelec beim Abschluss des Leasingvertrages zu. Der Arbeitgeber Land darf den Bediensteten daher nicht zusichern, dass sie das Fahrrad bzw. -Pedelec nach Ablauf der 36-monatigen Leasingdauer erwerben können.*

Ein Gutachten hat gezeigt, dass ein Rad-Leasing Modell, bei dem ein Dienstfahrrad mit Wartungs- und Versicherungsvertrag erworben wird, gegenüber einem Barkauf ohne Abschluss eines Wartungs- und Versicherungsvertrages, für keine Besoldungsgruppe wirtschaftlich vorteilhaft ist. Die individuelle wirtschaftliche Vorteilhaftigkeit des Leasings gegenüber dem Barkauf hängt maßgeblich davon ab, wie die oder der Bedienstete die angebotenen Versicherungs- und Wartungsleistungen beim Vergleich von Leasing mit dem Barkauf bewertet. Das Service- und Versicherungspaket beträgt bis zu 16 Euro pro Monat und Rad.

Insofern bleiben wir einfach mal gespannt, wann und mit welchem Angebot das Fahrrad-Leasing für Beamte auf den Markt kommt. Mit einer schnellen Umsetzung rechnen wir aber nicht. Schon jetzt steht fest: Es gibt keinen Zuschuss vom Land zur Leasingrate dazu, wie etwa dies bei vielen großen Firmen und Konzernen erfolgt! Sobald wir weitere Informationen haben, werden wir diese veröffentlichen.